

Was wir tun: ... für gesellschaftspolitische Anliegen

In den Monaten August und September 2015 haben wir mit einer Unterschriftenaktion in den sechs Kirchen unserer Pfarreiengemeinschaft zur Unterstützung der selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative ([sEBI](#)) gegen TTIP und CETA und für eine alternative Handels- und Investitionspolitik der EU unter Einschluss der armen Länder durchgeführt. In liturgischen Beiträgen, mit einem Info-Blatt (s.u.) sowie in acht Gottesdienst-Ansprachen haben wir das Anliegen unseren Mitchristen vorgestellt. Etwa 300 Unterschriften konnten gewonnen werden.

Weitere Themen gesellschaftspolitischer Natur stehen auf unserer Agenda.

Hier das Info-Blatt (Stand 08.2015), mit dem wir für die Aktion geworben haben:

Pfarreiengemeinschaft Königswinter – Am Oelberg

Liebe Christen in unseren Pfarrgemeinden,

Wer fromm ist, muss politisch sein – heute brauchen wir nicht mehr unser Leben für eine Haltung zu riskieren, die diesen Satz ernst nimmt und für die der bekannte christliche Theologe Dietrich Bonhoeffer vor siebzig Jahren im KZ hingerichtet wurde.

Dennoch gilt dieser Satz auch für uns heutige Christen. Überall, wo die Ehrfurcht vor Gottes Schöpfung sowie die Gerechtigkeit und die Liebe zu den Menschen bedroht sind oder verletzt werden, müssen wir aus unserem Glauben heraus Widerstand leisten: durch persönliches Leben aus dem Glauben, also „fromm sein“, doch eben auch durch unser konkretes Handeln, jeder nach seinen Kräften und seinen Möglichkeiten.

Eine solche Bedrohung zeichnet sich derzeit ab: Es geht um drei Freihandelsabkommen, die alle das Ziel haben, in den Vertragsstaaten Waren und Dienstleistungen mit möglichst wenig Beschränkungen handeln und verkaufen zu können sowie entsprechende Investitionen zu ermöglichen. Aktuell stehen die Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen EU und USA im Vordergrund, bekannt unter dem Kürzel TTIP.

Ein riesiger Absatzmarkt mit mehr als 800 Millionen Verbrauchern, weniger Kosten, sinkende Preise, mehr Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und Wohlstand – so die offizielle Vision der Verantwortlichen für TTIP. Ein vergleichbares Handelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) ist bereits fertig verhandelt und steht vor der Unterzeichnung. Ein weiteres Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (TISA) zwischen der EU und 23 anderen Staaten wird gerade verhandelt.

Die Profiteure dieser Abkommen werden aber weniger die Bürger/-innen der beteiligten Staaten sein, sondern vielmehr große transnationale Konzerne, wie die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA zusammen mit vielen unabhängigen Fachleuten anhand zugespielter oder veröffentlichter Dokumente feststellt. Schon gar nicht wird bei diesen Abkommen an die armen Länder des Südens gedacht. Sie werden sich weiterhin den Spielregeln der Reichen unterordnen müssen und sind deren Wohlwollen ausgeliefert. Sie bleiben also „wehrlos gegenüber den Interessen des vergötterten Marktes, die zur absoluten Regel werden“ (Apostolisches Schreiben Evangelii gaudium, Nr. 56). Denn solche zweiseitigen Abkommen haben allein die Förderung des Handels zwischen den beiden Vertragsparteien zum Ziel – und nicht, „die Armut zu bekämpfen, den Ausgeschlossenen ihre Würde zurückzugeben und sich zugleich um die Natur zu kümmern“ (Enzyklika Laudato si', Nr. 139).

Worin besteht nun die Bedrohung? Weder die Beseitigung der ohnehin schon niedrigen Zölle, noch die Angleichung technischer Standards (z.B. im Automobilbau, bei medizinischen Geräten) stellen eine Bedrohung dar. Es ist vielmehr die Absicht, Gesetze, Regeln, Standards und Vorschriften als Handelshemmnisse zu betrachten und zu verhindern, dass sie im Lichte neuer Erkenntnisse oder Erfordernisse verschärft werden oder neu entstehen. Ob im Agrarsektor, bei den Arbeitnehmerrechten, beim Umweltschutz, beim Verbraucherschutz (Lebensmittel, Kosmetika, Arzneimittel) oder bei öffentlichen Diensten (Stadtwerke, Krankenhäuser) – immer geht es darum, jede mögliche Beeinträchtigung von Investitionen oder erwarteten Gewinnen durch Handelshemmnisse auszuschließen.

Dazu soll den Konzernen sogar das Recht eingeräumt werden, einen Partnerstaat vor privaten Schiedsgerichten auf Schadenersatz zu verklagen, wenn z. B. neue Gesundheitsgesetze die zu erwartenden Gewinne eines Konzerns schmälern (etwa eines Tabakkonzerns oder eines Energiekonzerns). Strafzahlungen in Millionen- oder sogar Milliardenhöhe können dabei verhängt werden – „der Staat“ zahlt, also die Steuerzahler/-innen. Solche Klagen werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Berufungsmöglichkeit verhandelt. Und schon heute kann allein die Androhung einer Klage reichen, um geplante Gesetze zum Schutze von Menschen und Umwelt abzuwürgen oder zu verwässern.

Eine weitere Bedrohung ist die sog. regulatorische Kooperation. Sie bedeutet, dass in Zukunft Konzerne, sofern ihre Interessen betroffen sein könnten, bei der Entstehung neuer Regeln oder Gesetze ein Mitspracherecht bekommen, d. h. von Regierungen eingeladen werden, in Expertengremien Einfluss auf neue Gesetzentwürfe zu nehmen, noch bevor diese in den gewählten Parlamenten beraten werden. Wirtschaftslobbyisten erhalten so Vorrang vor demokratisch gewählten Abgeordneten!

Hinzu kommt die in TTIP angestrebte wechselseitige Anerkennung, Harmonisierung oder neue Ausarbeitung von Regulierungsstandards zwischen der EU und den USA – eine Gefahr gerade für europäische Umwelt- und Sozialstandards. Denn bekanntlich führt der Wettbewerb nicht zu höheren Standards sondern zu niedrigeren, weil sie weniger Handelshemmnisse bedeuten und für die Konzerne die Kosten reduzieren (siehe unterschiedliche Unternehmensbesteuerung in den EU-Ländern). Dieses Ziel spiegelt sich auch bei der Zulassung von Produkten wider: erst Unschädlichkeit nachweisen, dann genehmigen (in der EU), oder erst genehmigen, dann bei erwiesener Schädlichkeit verbieten (in den USA).

Kurz: Wenn wir erreichen wollen, dass Menschenrechte, Umweltschutz, Tierschutz, Verbraucherschutz, Arbeitnehmerrechte, um nur einige zu nennen, im Geiste unseres christlichen Glaubens erhalten bzw. verbessert werden, damit wir dem Ziel eines friedlichen Zusammenlebens aller Geschöpfe immer näher kommen, dann müssen wir jetzt aufstehen und handeln.

Wir sind dabei aber nicht allein.

In seiner Enzyklika *Laudato si'* findet der Papst Worte, die nicht nur auf die Ökologie passen, sondern auch auf andere sensible Bereiche, die von TTIP betroffen sind. Er spricht von der Gefahr einer gewissen Schläfrigkeit und einer leichtfertigen Verantwortungslosigkeit, von einer ausweichenden Haltung, die uns dient, unseren Lebensstil und unsere Produktions- und Konsumgewohnheiten beizubehalten. Anstatt angesichts tiefer Krisen mutige Entscheidungen zu treffen, „sind wir versucht zu denken, dass ungewiss ist, was eigentlich geschieht“, und dass „die Dinge nicht so schlimm“ seien (*Laudato si'*, Nr. 59).

Eine wachsame Zivilgesellschaft und eine kritische Öffentlichkeit in Europa – übrigens auch in den USA – schlagen bereits Alarm. Mehr als 450 Organisationen in ganz Europa¹ haben sich zusammengeschlossen zur Europäischen Bürgerinitiative „Stop TTIP“ und auch zum Bündnis „TTIP unfair handelbar“, um die Unterzeichnung von CETA sowie die Fortsetzung der TTIP-Verhandlungen zu verhindern und für eine alternative Handels- und Investitionspolitik der EU einzutreten. Und wir, Christen der fünf Pfarrgemeinden Königswinter – Am Oelberg, machen mit. Denn die ohnehin schon bedrückende weltweite Ungerechtigkeit, die Plünderung von Bodenschätzen, die Zerstörung von Lebensräumen, die damit einhergehende Vernichtung von Arten, die Ausbeutung von Mensch und Tier, die Vergiftung von Meeren, Böden, Luft und Lebewesen, die Verschwendung von Lebensmitteln, der menschenverursachte Wandel des Klimas, und ... und ... – all das kann uns als Christen nicht unberührt lassen.

¹ unter anderen: Caritas Luxemburg, Brot für die Welt, Christliche Initiative Romero (CIR), Katholische Arbeitnehmer Bewegung Deutschlands (KAB), Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich (KAB), Katholische Landjugendbewegung Deutschland, Südwind, Bund der deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) - Diözesanverband Bamberg, Diözesanrat der Katholiken im Bistum Hildesheim, kfd-Diözesanverband Münster e. V., pax christi - deutsche Sektion e. V., Misereor, SKM – Katholischer Verband für soziale Dienste in Deutschland – Bundesverband e.V.

Deshalb bitten wir Sie, nach dem jeweiligen Gottesdienst² die auf dem Unterschriftsbogen zusammengefassten Ziele mit Ihrer Unterschrift zu unterstützen. Wir fordern damit die Institutionen der Europäischen Union und ihre Mitgliedsstaaten nicht nur auf, die aktuelle Entwicklung zu beenden, sondern auch, eine alternative Handels- und Investitionspolitik in der EU einzuleiten. Wie gesagt, es geht letztlich um die Ehrfurcht vor Gottes Schöpfung und um die Gerechtigkeit und die Liebe zu den Menschen:

nicht **FREE TRADE**

zu Lasten von Mensch, Tier und Natur

sondern **FAIR TRADE**

zum Wohle aller – heute und in Zukunft

Der Pfarrgemeinderat – Sachausschuss Weltkirche

² in Oberpleis und Stieldorf am 5. und 6. September 2015, in den übrigen Gemeinden am 12. bzw. am 13. September – Unterschriftsbögen können aber auch zu Hause unterschrieben und in einem Pfarrbüro abgegeben werden